Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 142. Mittwoch den 21. Mai 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die städtische Anleihe vom Jahre 1884 betreffend.

Unter Zustimmung der Stadtverordneten und mit Genehmigung der Königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen haben wir die Eröffnung einer städtischen Anleihe von

Fünfzehn Millionen Mark

beschlossen, deren Ertrag zur Zahlung für angekaufte Grundstücke, zur Errichtung eines Schlacht- und Viehhofes, zu anderen städtischen Bauten, zu Straßen-, Gasbeleuchtungs- und Wasserleitungsanlagen, ingleichen zur Rückzahlung der 4½ procentigen Anleihe vom Jahre 1865 bestimmt ist.

Zu diesem Behufe werden Stadtschuldscheine in Stücken zu 5000, 1000, 500 und 100 ℳ und zwar:

ℳ 3,500,000	à ℳ 5000	Lit. A	in	700	Stücken,
„ 5,000,000	„ „ 1000	„ B	„	5000	„
„ 5,000,000	„ „ 500	„ C	„	10,000	„
„ 1,500,000	„ „ 100	„ D	„	15,000	„

verausgabt, welche auf den Inhaber lauten und von Seiten des Gläubigers unkündbar sind. Die unerhoben gebliebenen Zinsen verfallen nach Ablauf von drei Jahren vom Verfalltage an. Das Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Schuldscheine, Zinsleisten und Zinsscheine findet vor dem Königlichen Amtsgericht Leipzig statt.

Die Zinsen zu **Vier vom Hundert** jährlich werden in zwei Terminen, den **30. Juni** und den **31. December** jeden Jahres, bei der Stadtcasse ausbezahlt.

Als Sicherheit des Hauptthammes wie der Zinsen dient das gesammte Vermögen der Stadt Leipzig und die ganze Stadtgemeinde haftet für Erfüllung der gegen die Gläubiger übernommenen Verbindlichkeiten.

Die Anleihe wird im Wege der Auslosung getilgt und zwar dergestalt, daß in jedem Halbjahre ein Betrag zurückgezahlt wird, welcher sich aus 45,000 ℳ (9/10 % des ursprünglichen Anleihecapitals) und aus demjenigen Betrage zusammensetzt, der in Folge der bereits bewirkten Tilgung an Zinsen erspart wird. Die auszulosende Summe ist auf die einzelnen Werthgattungen (Lit. A, B, C und D) nach Maßgabe der davon noch im Umlauf befindlichen Beträge zu vertheilen.

Sie beginnt mit Ablauf des fünften Jahres nach dem ersten Zinstermine dergestalt, daß in der letzten Hälfte des Jahres 1889 die erste Auslosung, am 30. Juni 1890 aber die erste Zahlung erfolgt und in derselben Weise von Jahr zu Jahr fortgefahren wird. Die jedesmalige Auslosung und die damit zu verbindende Kündigung der ausgeloosten Scheine wird in der „Leipziger Zeitung" und den „Leipziger Nachrichten" wenigstens zweimal mit Belassung eines Zwischenraumes von 14 Tagen bekannt gemacht, hierbei auch das Verzeichniß der früher ausgeloosten jedoch nicht zur Zahlung präsentirten Scheine wiederholt. Zwischen der ersten Bekanntmachung der Auslosung und dem Rückzahlungstermine muß ein Zeitraum von sechs Monaten liegen. Vom Rückzahlungstermine ab findet eine weitere Verzinsung der gekündigten Capitalbeträge nicht mehr statt.

Wir behalten uns die Kündigung des ganzen Betrags der Anleihe oder eines Theils derselben ausdrücklich vor, doch darf dieselbe nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach der ersten Rückzahlung erfolgen.

Die sämmtlichen vorstehend bezüglich der Auslosung und Rückzahlung der ausgeloosten Scheine getroffenen Bestimmungen gelten auch für diese vorbehaltene Kündigung.

Die Vollziehung der Schuldscheine erfolgt durch den Oberbürgermeister und je eines der von uns hierzu ausdrücklich beauftragten Rathsmitglieder

Stadtrath **Döblinger,**
„ **Hetzler,**
„ **Holze,**
„ **Poblenz** und
„ **Scharf,**

sowie vom Stadtcassirer **Seidemann**

in der Weise, daß die Unterschrift des Oberbürgermeisters facsimilirt, die des Rathsmitglieds, sowie die des Stadtcassirers eigenhändig bewirkt wird.

Die Zinsleisten und Zinsscheine tragen die facsimilirten Namenszüge des Oberbürgermeisters, je eines der genannten Rathsmitglieder und des Stadtcassirers.

In gleicher Weise erfolgt die Vollziehung der künftig auszufertigenden neuen Zinsleisten und Zinsscheine.

Leipzig, am 15. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung,
die Ausloosung Leipziger Stadtschuldscheine betr.

Die Ausloosung von 15,000 ℳ Capital der Anleihe vom 1. Juli 1850, von 15,600 ℳ Capital der Anleihe vom 1. Juli 1856, von 33,600 ℳ Capital der Anleihe vom 9. April 1864, von 10,500 ℳ Capital der Anleihe vom 2. Januar 1865 (Theateranleihe), von 13,800 ℳ Capital der Anleihe vom 12. Juni 1868 und von 30,100 ℳ Capital der Anleihe vom 4. September 1876 soll

den 30. dieses Monats

Vormittags um 10 Uhr im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, Zimmer Nr. 105, öffentlich erfolgen.

Leipzig, am 19. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Seidemann, Stadtcass.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der sogenannten großen Rathsstube bleibt dieselbe

Freitag, den 23. dieses Monats,

geschlossen.

Leipzig, am 16. Mai 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben die Stadtcasse und die Stiftungsbuchhalterei

für 21. dieses Monats

geschlossen.

Leipzig, den 17. Mai 1884.

Des Raths Finanz-Deputation.

Bekanntmachung.

Der am 28. März dieses Jahres allhier verstorbene Herr Privatmann **Moritz Eckhardt** hat dem hiesigen „Theaterpensionsfonds" den Betrag von 900 ℳ als ein Geschenk und Andenken an ihn hinterlassen.

Nachdem die Wittwe des Genannten, Frau **Louise Eckhardt** geb. **Vollsack**, diesen Betrag an uns durch Herrn Rechtsanwalt Karl Schrey hier hat auszahlen lassen, bringen wir dies unter dem Ausdrucke unseres aufrichtigsten Dankes hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Leipzig, den 19. Mai 1884.

Der Verwaltungsausschuß für die Pensionsanstalt des Leipziger Stadttheaters.

Bekanntmachung.

Die **Maler- und Anstreicherarbeiten** am Neubau der **VIII. Bezirksschule** sollen vergeben werden. Arbeitsverzeichniß und Bedingungen sind auf dem Bauamt, Hochbauverwaltung (Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5) zu entnehmen.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Malerarbeiten, VIII. Bezirks-Schule" bis zum 26. Mai cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 17. Mai 1884.

Die Baudeputation des Raths.

Bekanntmachung.

Nachdem in dem am 8. d. M. stattgefundenen Preisgerichte über die für die Glasmalereien der neuen Peterskirche eingelaufenen Concurrenz-Projecte einstimmig das Project mit dem Motto: „Deo et patriae", als dessen Verfasser sich die Herren Hofglasmaler Hettel und Derich zu Düsseldorf ergab, in erster Linie zur Ausführung empfohlen und demnächst besondere „Anerkennung" dem Projecte „zur höheren Ehre Gottes" von Herrn Glasmaler Türke in Zittau ausgesprochen worden ist, werden sämmtliche eingesandte Projecte — 17 Entwürfe von 8 Concurrenten — **Mittwoch, den 21. Mai von 9—4 Uhr, Donnerstag, den 22. Mai** (Himmelfahrtstag) **und Sonntag, den 25. Mai von 11—2 Uhr im kleinen Saale der Buchhändlerbörse** öffentlich und unentgeltlich ausgestellt. Wir laden die Freunde kirchlicher Kunst hierdurch zu deren Besichtigung ganz ergebenst ein.

Leipzig, den 20. Mai 1884.

Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Fricke.

Bekanntmachung.

Der im Georgenhause detinirte, am 17. Januar 1832 hier geborene Glaser **August Otto Hagendorf** ist von dem ihm am 1. vor. Mts. gestatteten Ausgange nicht zurückgekehrt.

Wir bitten, denselben zu verhaften und wenn dies geschehen, uns ungesäumt Nachricht zu geben.

Leipzig, am 17. Mai 1884.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Beetzschneider. Dr. Beyer.

Auctionslocal des Königl. Amtsgerichts.

Im Anschlusse an die auf

Mittwoch, den 21. dss. Mts.

anberaumte Versteigerung von Möbeln u. s. w. sollen auch **verschiedene Bestände eines Productengeschäftes**, eine Tafelwaage, ein Billard, Restaurationsmobel, ein Aquarium, drei Schraubstöcke, eine Blechschere, ein Ambos, eine Schneidemaschine, eine Druckmaschine, eine Briefwaage, eine Copirpresse, ein Doppelpult, eine Brückenwaage, neun Dutzend Spielkarten, ein **Hungerwagen** und eine Nähmaschine versteigert werden.

Leipzig, den 20. Mai 1884.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Der neue Pariser Stadtrath.

* Das Ergebniß der vor einigen Tagen in Paris erfolgten Municipalwahlen beschäftigt noch immer die dortigen Blätter. Diese Wahlen stehen an Wichtigkeit denen der Deputirten und Senatoren nicht viel nach, weshalb auch das Interesse der Pariser Presse an den Municipalwahlen leicht erklärlich ist. Die achtzig Pariser Stadtverordneten bilden in der That ein kleines Parlament, welches, wiewohl es nach dem Gesetze sich nur durch „Wünsche" an der Politik betheiligen darf, dennoch einen nicht unbedeutenden Druck auf die französische Politik übt und deshalb an der Linksschwenkung der republikanischen Regierungskreise nicht wenig mitgewirkt hat. Für das Ausland sind die Pariser Municipalwahlen schon deshalb von Bedeutung, weil sie mit ziemlicher Gewißheit darauf schließen lassen, wie in der französischen Hauptstadt die Erneuerung des Senats und die nächstjährigen Deputirtenwahlen ausfallen werden.

Die Zerrissenheit der politischen Parteien, die eine große Zahl Stichwahlen nöthig machte, ist vor Allem ein bemerkenswerthes Zeichen. Die alten Parteien sind nicht mehr geschlossen, sondern theilweise zersplittert; die Monarchisten nehmen immer nachdrücklicher an dem Wahlkampfe Theil, während die Mehrzahl der Wähler geradezu mit den Intransigenten gemeinsame Sache macht. Unter 48 Gewählten siegten die Radicalen mit 30 Candidaten, was natürlich von der gesammten rothen Partei mit fanatischem Jubel aufgenommen wurde. Wenn das so fort geht, so dürfte bald der Pariser Stadtrath aus lauter Demagogen bestehen. Die gemäßigten Republikaner haben nur mit 10 Candidaten gesiegt, ein Mißerfolg, den die Regierung voraussah, weshalb sie auch eine neue Eintheilung der Wahlkreise vorschlug, was aber von dem Senate verworfen wurde. Bezeichnend ist dabei, daß die von dem Ministerium begünstigten Bewerber sich zumeist nicht einmal als „gemäßigt" oder „opportunistisch" zu bekennen wagten, sondern als verschämte Opportunisten unter radical-socialistischer Flagge segelten. Das linke Centrum, das sonst die reichen und mittleren Pariser Stadttheile vertrat, ist von der Bildfläche völlig verschwunden.

Unter den Gewählten befindet sich kein einziger republikanischer Vertreter eines angesehenen Theiles der Pariser Bevölkerung; die Industrie, der Großhandel, die Finanzwelt, die höheren und wirklich gebildeten Classen der Pariser Gesellschaft haben in den Municipalrath keine Republikaner oder Regierungsanhänger gesendet. Ein einziger, stark conservativer Republikaner, Dr. Desprès, welcher als Hospitalarzt gegen die Ersetzung der barmherzigen Schwestern (Nonnen) durch weltliche Krankenpflegerinnen aufgetreten war, wurde gewählt, doch hatte er seine Wahl nur der Unterstützung der Monarchisten zu verdanken, die natürlich in jener Angelegenheit seiner Meinung waren. Auch sind es ausschließlich die Monarchisten, die im neuen Pariser Stadtrathe die öffentliche Ordnung und geregelte Finanzwirthschaft vertreten und da mit ihren ökonomischen Programme, im Hinblicke auf die leichtfertige Wirthschaft der Radicalen, auch Unterstützung finden, die indeß ihren politischen Wünschen versagt bleibt. Diese Gruppe zählt zwar nur acht Mitglieder, aber die Thatsache, daß sie seit der Auflösung des linken Centrums den gebildeten und wohlhabenden Theile der Pariser Bevölkerung näher stehen, als die herrschenden republikanischen Fractionen, ist für die Republik immerhin ein warnendes Zeichen.

Auch die Haltung, welche die Socialistisch-Radicalen der Arbeiterpartei gegenüber beobachten, ist höchst bemerkenswerth. Clémenceau, der Führer der Ersteren, glaubte nach seinen jüngsten socialistischen Reden in der Deputirtenkammer der eigentlichen Arbeiterpartei Zugeständnisse machen zu müssen; er ließ, allerdings um sich nicht zu compromittiren, in seiner Abwesenheit durch sein Blatt „Justice" die socialistisch-radicalen Wähler von Montmartre, Clémenceau's Wahlkreis, auffordern, für den Arbeitercandidaten Joffrin zu stimmen. Dieses Zugeständniß war um so schätzbarer, als Joffrin bei den vorigen Wahlen nur in der Stichwahl von einem Viertel der eingetragenen Wähler gewählt worden war und mit dem Aufwande einiger Thatkraft aus seiner Stellung wieder verdrängt werden konnte. Joffrin erklärte aber laut und in wegwerfendem Tone, daß er kein Zugeständniß brauche und nicht er sich Clémenceau, sondern dieser sich ihm anschließen müsse. Doch das ist noch nicht Alles; die Capitulation der Socialistisch-Radicalen hatte die Rückwirkung, daß ein Vertreter der rothen Arbeiterpartei, bereits der zweite im Stadtrathe, ein gewisser Chabert in Lavillette gewählt wurde. Welchen Ersatz Clémenceau für diese Verluste hofft, läßt sich nicht absehen. Es heißt, er rechne mit großer Bestimmtheit darauf, vor oder nach den nächsten Deputirtenwahlen, jedenfalls aber vor der Neuwahl des Präsidenten der Republik in das Ministerium zu gelangen. Man erzählt in Paris sogar, Clémenceau's Freund, der junge Rechtsanwalt und Deputirte Laguerre, habe neulich einen verurtheilten Verbrecher mit der Versicherung getröstet, seine Begnadigung stünde bald in Aussicht, weil Clémenceau demnächst Ministerpräsident und er (Laguerre) Unterstaatssecretair im Justizministerium werden müsse. Wenn diese Geschichte vielleicht auch nur auf einer Anekdote beruht, so würde letztere die gegenwärtigen Zustände in der französischen Hauptstadt immerhin ganz zutreffend kennzeichnen.

Leipzig, 21. Mai 1884.

* Die Herzlichkeit der deutsch-russischen Beziehungen erhält durch den gegenwärtigen Besuch des Prinzen Wilhelm von Preußen in St. Petersburg und den ausgezeichneten Empfang, welcher unserem Kaiserenkel daselbst zu Theil geworden ist, eine neue und gewichtige Stütze. Erste Eindrücke, pflegt man zu sagen, sind die frischesten und dauerhaftesten, und was der Telegraph uns über den bisherigen Verlauf des erstmaligen Ausfluges des Prinzen Wilhelm an den russischen Kaiserhof mittheilt, berechtigt zu der Hoffnung, daß der dereinstige Träger der deutschen Kaiserkrone nicht in die Lage kommen dürfte, den seit hundert Jahren mit so vielem Erfolge zum Heile und Segen der benachbarten Reiche gepflegten Traditionen der deutsch-russischen Freundschaft und Waffenbrüderschaft jemals untreu werden zu müssen. Es fehlt ja nicht an gegentheiligen Bestrebungen, die von Leuten ausgehen, welche den derzeitigen Gleichgewichts- und Friedenszustand Europas principiell verwerfen und um selbstsüchtiger Motive willen unausgesetzt, zum Glück jedoch fruchtlos, bemüht sind, das Deutschland und Rußland umschlingende Band zu lockern, zu zerreißen und so einen der wirksamsten Factoren zu paralysiren, welche Europas Völker vor neuen gewaltigen Kriegsumwälzungen bewahren. Ihre Machinationen haben totales Fiasco gemacht. Man weiß in St. Petersburg, daß Rußlands wahre Interessen den aufrichtigen, rückhaltlosen Anschluß an die von Berlin aus inaugurirte Friedenspolitik bedingen; und bekannt ist, daß auf dieser Grundlage die Herstellung der deutsch-russischen Eintracht seinerzeit bewerkstelligt wurde. Die öffentliche Meinung sowohl Deutschlands, als auch aller mit Deutschland befreundeten und gleich ihm für die Erhaltung und Festigung des Weltfriedens strebenden Nationen erblickt daher in dem Besuch des St. Petersburger Hofes durch den Prinzen Wilhelm von Preußen ein zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigendes politisches Symptom.

* Die häufigen Audienzen des Reichskanzlers bei dem Kaiser und bei dem Kronprinzen werden mit der Bildung des Staatsraths in Verbindung gebracht. Der Vorsitz, der dem Kronprinzen zugedacht ist, soll die noch zu überwindenden Schwierigkeiten bilden.

* Aus Süddeutschland wird eine nationale Kundgebung von hervorragender Bedeutung gemeldet. In Augsburg haben am Sonntag Vertrauensmänner der liberalen Partei über einen Aufruf sich geeinigt, welcher folgendermaßen lautet:

Wir haben die am 23. März 1884 zu Heidelberg beschlossene Erklärung süddeutscher Liberalen freudig begrüßt als ein willkommenes Zeichen, daß man neuerlich in nationalliberalen Kreisen die Nothwendigkeit deutlichen Widerspruches gegen die Bestrebungen der Partei, welche sich heute „deutsch-freisinnig" nennt, vollkommen erkannt hat. In der Zuversicht, daß die Consequenzen dieser Erkenntniß rückhaltlos und nachhaltig werden gezogen werden, betrachten wir die Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884 auch als eine Grundlage für unseren Versuch, alle maßvoll denkenden Wähler zu sammeln.

Mit Bezugnahme auf den Wortlaut jener Erklärung betonen wir namentlich unseren Entschluß:

1) für die Befestigung des Reiches und für die zur Wahrung seiner Machtstellung nothwendige ungeschmälerte Erhaltung der deutschen Heereskraft, wie nicht minder für die durch Wortlaut und Reichsverfassung gewährleistete Selbstständigkeit Bayerns einzutreten,
2) die socialpolitischen Reformvorschläge des Reichskanzlers, der unser volles Vertrauen genießt und das wohlbegründete Verlangen der verbündeten Regierungen des Reichs, daß ihnen die zur Bekämpfung der Feinde jeglicher Ordnung unentbehrlichen gesetzlichen Vollmachten ertheilt werden, kräftig zu unterstützen,
3) die Interessen des deutschen Handwerkes und der deutschen Industrie zu vertreten, insbesondere jede Schmälerung des der deutschen Arbeit durch den geltenden Zolltarif zugesicherten Schutzes abzuwehren,
4) der deutschen Landwirthschaft nutzbringend beizustehen und deshalb auch auf angemessene Erhöhung der Getreidezölle hinzuwirken.

Wir laden alle treu zu König und Heimathland, wie zu Kaiser und Reich haltenden Wähler, welche den die wahren Volksinteressen beschädigenden Treiben kirchlich oder politisch externer Parteien gleich abgeneigt sind, hiermit dringendst ein, sich zu organisiren als „Bayerische Reichspartei".

Augsburg, 18. Mai 1884.

* Das „Liegnitzer Amtsblatt der königl. Regierung" brachte vor einigen Tagen eine Bekanntmachung, wonach die Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Lüben-Bunzlau für Richter-Mühlrädlitz auf den 15. Juni festgesetzt ist. Der 15. Juni ist ein Sonntag und die Betheiligung an den Wahlen würde voraussichtlich durch die Bestimmung des Sonntags zum Wahltage wesentlich gefördert werden sein. Ein Extrablatt vom Sonnabend berichtigt, daß der Wahltag Sonnabend, der 14. Juni, sein soll.

* Ueber die socialistische Bewegung bringt die „Kreuzzeitung" folgende Mittheilungen:

Der Socialdemokrat Liebknecht befindet sich, wie von verschiedenen Seiten mitgetheilt wird, gegenwärtig im Auslande. Derselbe war zunächst nach London gereist und weilt jetzt in Paris. Angeblich soll daselbst eine Generalconferenz der deutschen, schweizer, englischen und französischen Socialisten abgehalten werden, mit welcher eben die Ankunft Liebknecht's in Paris im Zusammenhange stehen soll. Das Treiben der Socialisten und internationalen Revolutionaire hat aber neuerdings die Aufmerksamkeit der Polizei sämmtlicher Staaten Europas in ganz besonderer Weise in Anspruch genommen. Auch die neuesten Vorgänge in Paris scheinen die volle Wachsamkeit der Polizei zu erfordern und erweiterte Maßregeln der Behörden geboten zu machen. Da die socialistischen Führer sich jedoch nicht beobachtet fühlen, machen sie den Versuch, durch Einberufen von Scheinversammlungen den Ort und die Zeit der wahren Versammlung zu verheimlichen. Gleichzeitig hat der deutsche Gesandte v. Bülow von Bern nach Genf sich begeben, um die Ausweisung verschiedener deutschen Socialisten zu veranlassen. Ferner verlautet von einer kurzen Reise des Botschaftsrathes v. Bülow, welcher in Abwesenheit des Fürsten Hohenlohe die Geschäfte der deutschen Botschaft in Paris führt, nach Deutschland. Ob diese Reise des Herrn v. Bülow u. A. auch mit den jüngsten Vorgängen in Paris zusammenhängt, mag dahingestellt bleiben.

* Die bevorstehende Herabminderung des österreichisch-ungarischen Truppenstandes in den occupirten Balkanprovinzen lenkt den Blick wieder einmal auf die dortige Situation. Während 10 Bataillone hinein verlegt werden, verlassen 14 Bosnien und die Herzegowina. Da überdies die Truppen mit einem etwas geringeren Stande dahin marschiren, als ihn die selbstständig detachirten Bataillone bisher hatten und in Folge der Beendigung der fortificatorischen Grenzbauten auch die Genietruppen eine mäßige Verminderung erfahren, so ergiebt sich in der Gesammtheit eine Standesreduction der Occupationstruppen um 5000 Mann. Es bleiben sonach im Bereiche des exterritorialen 15. Corps noch beiläufig 30,000 Mann, die, wie der „Pester Lloyd" bemerkt, für geraume Zeit hinaus als dessen Normalstand zu betrachten sein und keine weitere Reduction mehr erfahren dürften. Dasselbe Blatt fügt hinzu, es herrsche aller Orten in den genannten Provinzen tiefster Friede.

* In Saratow wurden zahlreiche aufs Beste gedruckte Proclamationen vertheilt, welche die Arbeiter auffordern, den Kampf gegen die Regierung und das blutsaugende Beamtenthum offen aufzunehmen. Es gelang, die Urheber zu entdecken, welche Schüler der ersten Classe des dortigen Lyceums waren. Wie verlautet, wird von Petersburg zur Untersuchung der Angelegenheit ein besonderer Beamter aus dem Ministerium der Volksaufklärung abgesandt.

* Aus Warschau wird der „Schlesischen Zeitung" vom 16. Mai geschrieben:

Der Proceß wider Kraszewski und Hentsch erregt die hiesige polnische Gesellschaft in fieberhafter Weise. Die Tagesblätter bringen täglich zweimal telegraphische Nachrichten über den Verlauf der Verhandlungen. Natürlich ergreifen sie Partei für den Angeklagten, aber in den besseren Kreisen ist man doch darüber einig, daß das Benehmen des greisen Schriftstellers der deutschen Regierung gegenüber, nachdem er freiwillig deutscher Staatsbürger geworden, mindestens kein correctes war. Die Polen sind zwar davon überzeugt, daß Kraszewski weder eigennützige Absichten hatte, noch auch über die Tragweite und die gesetzlichen Folgen seiner landesverrätherischen Handlungsweise sich klare Rechenschaft gegeben habe, aber sie können nicht leugnen, daß Kraszewski sehr wohl wußte, daß die Nachrichten, die er den Franzosen schickte, gegen die Sicherheit des deutschen Staates gerichtet waren. Allgemein tadeln die Polen auf das Entschiedenste, daß gerade Kraszewski sich überhaupt auf derartige Dinge eingelassen hat, zumal es an geschickten und auch militairisch gebildeten Agenten für die polnische Sache in den östlichen Landestheilen Preußens durchaus nicht zu fehlen scheint. Man hofft und wünscht zwar in diesen polnischen Patriotenkreisen, daß Kraszewski aus Mangel an Beweisen freigesprochen werde, doch wird es schwer empfunden, daß die Verhandlungen des Processes überhaupt ein allzudeutliches Licht auf die Wirksamkeit der polnischen Emigration werfen und dadurch die öffentliche Meinung besonders in Deutschland noch mehr gegen die Polen erregen werden. Und dafür sind die Polen, so eifrig sie auch vor Kurzem in der raffinirtesten Weise bestrebt waren, Deutschland und Rußland mit einander zu verhetzen, gegenwärtig sehr empfindlich. Seit die benachbarten drei Kaiserreiche einander wieder nähergetreten sind, wissen die Herren Polen sehr wohl, daß die Stimmung Deutschlands ihnen gegenüber maßgebend für ihr Wohl und Wehe ist, und darum eben wird der Kraszewski'sche Proceß mit seinen Enthüllungen von den Patrioten ganz besonders aufrichtig beklagt.

* Aus Gibraltar wird unterm 15. Mai gemeldet: „Es sind heute hier Nachrichten über ein Ereigniß eingegangen, welches ernste Folgen haben dürfte. Eine Anzahl Mauren, welche vorgeben, unter französischem Schutze zu stehen und Anhänger des Scheichs von Wazan zu sein, bildeten ein Lager und boten den Soldaten des Sultans von Marokko Trotz. Sie wurden von den marokkanischen Truppen angegriffen und in die Flucht geschlagen, wobei zwei der ihrigen getödtet und zwei verwundet wurden. Die Versuche, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Marokko auszugleichen, sind ohne Ergebniß geblieben. Die neuesten Vorschläge des Großveziers wurden von der französischen Gesandtschaft in Tanger zurückgewiesen".

* Nach einer der Londoner „Times" aus Washington zugegangenen Depesche ist in Bezug auf die Absicht der amerikanischen Regierung, den Gesandtschaftsposten in Berlin nach dem Rücktritt Sargent's eine Zeit lang unbesetzt zu lassen, bisher keine Veränderung eingetreten.

SLUB
Wir führen Wissen.